

Angela Merkel: Für eine Politik des **Ausgleichs**

Partei- und
Fraktionsvorsitzende
Dr. Angela Merkel stellt
„Sechs-Punkte-Plan“
zur Außen- und
Sicherheitspolitik vor

Rede im
Deutschen
Bundestag am
3. April 2003

Für eine Politik des **Ausgleichs**

Rede der Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Angela Merkel MdB, in der Aussprache über die Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zur internationalen Lage und zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Brüssel vom 3. April 2003:

–Auszug aus dem Stenografischen Bericht–

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung des Europäischen Rates in Brüssel war stark vom Beginn des Irakkrieges überschattet. Vieles von dem, was sonst die Gemüter der Europäer bewegt hätte, erschien plötzlich belanglos oder kleinlich. Angesichts dieses Krieges stand umso größer das Versagen von Politik und Diplomatie auch vor den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Krieg ist eine Niederlage von Politik und Diplomatie. Krieg ist deshalb eine Niederlage von Politik und Diplomatie, weil Krieg den Tod von Menschen bedeutet, von Menschen, die mit dieser Politik und der Diplomatie nichts zu tun haben. Es ist eine Niederlage, weil es nicht gelungen ist, einen Diktator durch die internationale Staatengemeinschaft friedlich zu entwaffnen, so wie wir es alle wollten, weil wir wussten, dass dieser Diktator Hunderttausende von Menschen auf dem Gewissen hat.

Jetzt ist dieser Krieg traurige Realität. In dieser Situation hat mir der französische Ministerpräsident Raffarin, der ja aus dem Land von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit kommt, aus der Seele gesprochen, als er dieser Tage zum Irakkrieg gesagt hat: „Ich hoffe auf den Sieg der Demokratie über die Diktatur.“

Ich denke, wir sind uns in diesem Hause alle einig: Wir hoffen, dass es einen **Sieg der Demokratie** über die Diktatur gibt. Wir können in dieser Auseinandersetzung der alliierten Streitkräfte mit dem Diktator Saddam Hussein nicht neutral sein, sondern wir alle stehen an der Seite derer, die für die Demokratie, kämpfen.

Herr Bundeskanzler, ich habe mich gefreut, dass heute in diesem Hause nicht weiter einer Aufteilung zwischen Kriegswilligen und Friedenswilligen das Wort geredet wurde. Denn alle hier wollen und werden, sofern sie dazu beitragen können, doch alles unternehmen – ob Regierung oder Opposition –, damit unsere politischen Ziele mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können.

Heute ist der Tag, um mit dem Blick in die Zukunft über den eigentlichen Dissens in diesem Hause, der ja nicht zwischen Kriegswilligen und Friedenswilligen besteht, zu sprechen.

Im November des letzten Jahres wurde im UN-Sicherheitsrat eine Resolution beschlossen, die auch die Bundesregierung mitgetragen hat. Diese Resolution ist ein Art Doppelbeschluss der UNO. Sie hat das klare Ziel, eine friedliche Entwaffnung durch ernst gemeinte Drohung zu erreichen. Die Wirkung dieser Resolution lebte von Beginn an von der Glaubwürdigkeit beider Elemente dieser Resolution. Damit war weder die Position „auf jeden Fall militärische Gewalt“ vereinbart – wie Sie uns manchmal vielleicht unterstellt haben –, noch war die Position „auf keinen Fall militärische Gewalt“ vereinbart. Die Mitte zu halten, Geschlossenheit

zu wahren, das wäre nach meiner festen Überzeugung die Aufgabe von Politik gewesen.

Niemand von uns weiß, ob die **Einigkeit im Druck** auf Saddam Hussein ihn wirklich zu einer friedlichen Entwaffnung hätte zwingen können. Aber eines weiß ich sehr wohl: Diese Einigkeit im Druck war die einzige Chance, die dieses Ergebnis hätte erzielen können.

Einigkeit im Druck schließt eben auch die damit verbundenen Konsequenzen ein: militärische Mittel als Ultima Ratio und die Bereitschaft, eine Befristung einer solchen letzten Chance zu akzeptieren.

Nun ein Wort zum Herrn Bundesaußenminister. – Er ist schon weg, aber das ist akzeptiert. – Der Bundesaußenminister muss in absehbarer Zeit nach Brüssel, wir unterstützen das selbstverständlich. Deshalb habe ich zur Regierungsbank geschaut. – Der Herr Bundesaußenminister hat angesichts der Gefährdungen immer und immer wieder die richtigen Fragen gestellt.

Natürlich sind militärische Auseinandersetzungen mit hohen Risiken verbunden. Natürlich ist dies eine besondere Region, in der man besonders aufpassen muss. Natürlich muss man sich mit dem Verhältnis der Religionen befassen. Gerade deshalb war es doch so wichtig, alles daranzusetzen, den Druck – militärisch wie auch insgesamt – mit allen Optionen gemeinsam durchzuhalten.

Ich kann mich der Einschätzung, dass alle Anstrengungen unternommen wurden, um eine friedliche Lösung zu erreichen, nicht anschließen. Auch andere können sich dieser Einschätzung nicht anschließen. Ich kann Ihnen daher ein Zitat aus einem „Zeit“-Artikel der vergangenen Woche nicht ersparen, wo wiedergegeben wird, was die Inspektoren zum Kurs der Bundesregierung in der Irakfrage sagen:

Hätte dieser Krieg verhindert werden können? Ja, sagen einige. Aber mit einer überraschenden Begründung: Deutschland, Frankreich und Russland hätten den Kriegsausbruch mit ihrer vermeintlichen Friedenspolitik unausweichlich gemacht. Gerhard Schröders kategorisches Nein zu einem Militäreinsatz sei schlicht „verrückt“ gewesen. „Vielleicht hätten wir unser Mandat erfüllen können“...

Herr Bundeskanzler, ich denke, Sie werden sich auch in der Folgezeit mit diesem Zitat auseinander setzen müssen.

Der in diesem Artikel wiedergegebene Gedankengang hat mich dazu veranlasst, zu sagen: Sie haben als Bundesregierung mit Ihrem Verhalten den Krieg nicht unwahrscheinlicher, sondern wahrscheinlicher gemacht.

Für mich gibt es keinen Zweifel daran, dass niemand diesen Krieg gewollt hat. Aber mit Blick auf die Frage – nicht auf die Vergangenheit bezogen; der Krieg ist Realität -, was wir aus diesen Vorgängen lernen müssen und welche Lehren wir daraus ziehen müssen, will ich auf etwas verweisen, was Helmut Kohl einmal gesagt hat. Helmut Kohl hat einmal gesagt – ich stimme dem mit allem Nachdruck und in aller Ruhe zu -, die europäische Einigung sei letztlich eine Frage von Krieg und Frieden.

Helmut Kohl ist für diesen Satz häufig belächelt worden. Wir alle miteinander haben in den letzten Wochen eindrücklich erfahren müssen, wie schnell die Frage der europäischen Einigung zu einer Frage von Krieg und Frieden werden kann.

Deshalb müssen wir – das haben Sie, Herr Bundeskanzler, in Ihrer Regierungserklärung auch deutlich gemacht – die vor uns liegenden Aufgaben, die weit über die

Frage des Iraks hinausgehen, meistern. Sie haben gesagt, in jeder Krise liege eine Chance. Jawohl, in jeder Krise liegt eine Chance. Aber wir müssen uns sehr nüchtern die Realität der heutigen Tage anschauen.

Wir haben eine gravierende Spaltung der Europäischen Union und der NATO sowie einen Vertrauensverlust in den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika erlebt. Wir mussten erkennen, dass bewährte Institutionen unserer Sicherheit im Augenblick der Krise ausgesprochen unfähig waren, so zu handeln, wie wir es uns alle gewünscht haben. Deshalb geht es nicht nur allgemein darum, ob ein Wiederaufbau des Iraks stattfindet – natürlich muss das der Fall sein –, sondern wie dieser Wiederaufbau vonstatten geht. Er muss unter Beteiligung der EU, der NATO und der UNO erfolgen.

Natürlich müssen wir als Bundesrepublik Deutschland wieder eine verantwortliche Außen- und Sicherheitspolitik aufbauen. Die **Pfeiler der Außen- und Sicherheitspolitik** aus der Vergangenheit gelten weiterhin: europäische und transatlantische Einigung. Diese Pfeiler müssen nach der deutschen Einheit, nach der Erlangung der Souveränität Deutschlands von unserer Generation neu begründet, neu formuliert und vor allen Dingen mit den Menschen dieses Landes neu diskutiert und besprochen werden. Lassen Sie mich das in sechs Punkten deutlich machen:

Erstens. Viele Bruchlinien – alte wie neue – durchlaufen unseren europäischen Kontinent. Um die politische Einigung wirklich zu erreichen, muss Deutschland eine kluge Politik, eine **Politik des Ausgleichs** zwischen alten und neuen sowie großen und kleinen EU-Mitgliedstaaten machen.

Herr Bundeskanzler, Sie haben eben gesagt, es sei wahr, dass Europa in dieser Aus-

einandersetzung an vielen Stellen nicht einig gewesen sei. Dann haben Sie gesagt, bei genauerem Hinsehen müsse man feststellen, dass in der Ablehnung des Krieges zwar nicht die Regierungen, aber die Gesellschaften einig gewesen seien.

Herr Bundeskanzler, ich frage Sie: Was bedeutet das für die Regierungen, die Ihre Meinung nicht geteilt haben?

Was bedeutet das denn für die Erfahrung, die wir im Rahmen des Kosovo-Konfliktes gemeinsam in diesem Hause gemacht haben, als die Gesellschaften Europas auch die Angriffe auf Belgrad nicht wollten und wir sie dennoch aufgrund gemeinsamer Überzeugung für richtig gehalten haben? Ich halte Ihre Aussage an dieser Stelle für sehr gefährlich.

Ich bin auch verunsichert, was Ihre Aussage angeht – ich sage es einmal ganz vorsichtig –, das Europa der 25 werde komplizierter als das Europa der 15. Was sollen die neuen Mitgliedstaaten gerade in Bezug auf den Irakkonflikt – wir sprechen jetzt nicht über eine EU-Richtlinie zu Chemikalien – von einer solchen Feststellung halten? Alle neuen Mitglieder der Europäischen Union sind Mitglieder der NATO. Sie haben mit Sicherheit keinen Beitrag zu den jetzigen Schwierigkeiten geleistet. Vielmehr bestanden all diese Schwierigkeiten in der EU innerhalb der alten Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Auch das gehört zur Wahrheit.

Deutschlands Rolle muss aus geographischen und aus historischen Gründen dergestalt sein, dass Deutschland zum Ausgleich beiträgt und ein Anwalt der kleinen Länder ist. Wenn in diesen Tagen viel von einer Hegemonialmacht gesprochen wird – ich bin gegen jede Form von Hegemonialmachtstreben –, dann müssen wir als Deutsche aufpassen, ob die kleinen Staaten Eu-

ropas nicht auch uns Großmannssucht vorwerfen könnten. Auch das gehört zur Realität des europäischen Alltags.

Aus seiner geschichtlichen Erfahrung und aus seiner geographischen Lage heraus hat Deutschland eine ganz besondere Aufgabe in Europa: den, Ausgleich zu schaffen und die verschiedenen Interessen zu bündeln. Wir alle wissen doch, dass es Länder gibt, die Interesse an einem großen Wirtschaftsraum Europa haben, dass es Länder gibt, die ein großes Interesse an der Vertiefung der politischen Union haben, und dass es Länder gibt, die einen größeren Schwerpunkt auf die Erhaltung des Strukturgleichs legen. Deutschland muss aus der von mir genannten Verpflichtung heraus die integrative Kraft sein, die Ausgleich schafft. Das hat Deutschland in den letzten Wochen nicht ausreichend getan.

Deutschland darf keine Randposition und keine Maximalposition vertreten und keine Sonderwege gehen. Nach dem Ende des Kalten Krieges sollte es eine gemeinsame Verpflichtung sein – mich persönlich bewegt das –, mit der Bevölkerung über diese Aufgaben zu sprechen.

Zweitens. Das Verhalten der Europäer im Irakkonflikt bringt uns zu einer zentralen Lehre – da stimme ich mit Ihnen überein -: Ohne eine **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik** wird es keine europäische Einigung geben.

Was heißt das? Wir haben uns in den 90er-Jahren ganz stark auf die Gestaltung des europäischen Binnenmarktes konzentriert. Im Übrigen haben wir Europa durch die Einführung des Euro irreversibel, unumkehrbar gemacht. Das waren mutige Entscheidungen – von Helmut Kohl, von Theo Waigel.

Diese Entscheidung für den Euro, der von Ihnen seinerzeit übrigens als kränkel-

de Frühgeburt disqualifiziert wurde, ist nicht von der Mehrheit der Bevölkerung gekommen; vielmehr hat es die Führung als ihre Aufgabe angesehen, dies der Bevölkerung nahe zu bringen. Heute wird sie von der Bevölkerung mit Überzeugung getragen. Dies wird bei wichtigen Entscheidungen immer wieder notwendig sein.

Es geht auch um den Willen, eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik durchzusetzen. Herr Bundeskanzler, ich stimme mit Ihnen völlig überein: Es wird dabei Fortschritte und Rückschläge geben. Ich sage Ihnen aber auch: Ein Erlebnis wie das der Auseinandersetzung um den Irak verträgt die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas nicht alle Jahre wieder. Wir müssen Lehren ziehen und wir müssen den Willen haben, Kompromisse und Gemeinsamkeiten zu finden, so wie sie auf dem Sonderrat der Europäischen Union im Februar gefunden wurden. Das war aber leider viel zu spät, das hätte früher geschehen müssen. Dies müssen wir in Zukunft beachten.

Drittens. Eine weitere Lehre aus der Spaltung Europas muss sein: Eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Europa wird es niemals gegen die **Vereinigten Staaten von Amerika**, sondern nur mit ihnen und auf der Basis eines entsprechenden Vertrauens geben.

Die Europäer haben spätestens – das ist eine noch nicht weit zurückliegende gemeinsame Erfahrung – im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt erlebt, dass wir überhaupt nicht in der Lage sind, die militärischen Konflikte unseres Kontinents aus eigener Kraft zu lösen. Ich bin froh, dass es im Zusammenhang mit Mazedonien jetzt zum ersten europäischen Mandat gekommen ist. Das ist keine Frage. Aber die eigentlichen militärischen Risiken sind in ei-

ner Auseinandersetzung getragen worden, bei der wir ohne die Amerikaner nicht in der Lage gewesen wären, das von uns allen gewünschte Ziel zu erreichen. Deshalb, Herr Bundeskanzler, brauchen wir die NATO. Sie haben das auch gesagt. Ich hätte mir aber trotzdem gewünscht, Sie wären in der Frage, wie das aussehen soll, etwas konkreter geworden.

In diesen Tagen entscheiden auch die Bilder. Wir haben viele Strategietreffen des Bundesaußenministers mit dem französischen Außenminister und seinem russischen Kollegen erlebt. Aber wenn wir die Zukunft des Bündnisses NATO wollen, ist es wichtig, klar und deutlich zu sagen, dass es eine Äquidistanz zwischen Europa und Amerika und zwischen Europa und Russland auf absehbare Zeit nicht gibt. Die transatlantische Partnerschaft beruht auf einem klareren Wertegerüst als unser **Verhältnis zu Russland**.

Damit spreche ich nicht gegen ein gutes Verhältnis zu Russland. Das ist überhaupt keine Frage. Ich bin aus vollem Herzen für die Kooperation der NATO mit Russland. Aber in der Stunde des Risikos kommt es schon darauf an, dass man weiß, wo die gemeinsame Partnerschaft liegt.

Wenn man es mit diesem transatlantischen Bündnis und der NATO ernst meint und es mal wieder zu einer Situation käme, in der wir mit militärischem Druck eine UN-Resolution durchsetzen müssen, könnte – das wäre doch durchaus denkbar – auch ein europäisches Kontingent aus der NATO an dem Aufbau eines solchen militärischen Drucks mitarbeiten, um zum Schluss eine friedliche Lösung dieses Konflikts zu erreichen. Ich glaube, den Amerikanern wäre es schwerer gefallen, bei Mitwirkung aller europäischen NATO-Mitglieder eine solche Entscheidung allein zu treffen. Wir

müssen Verantwortung im Risiko übernehmen, sonst wird die Verantwortungsgemeinschaft nicht zum Leben erweckt werden können.

Viertens. Wenn wir das schaffen wollen, dann müssen wir zuallererst zu einem gemeinsamen Verständnis kommen, was die Bedrohungen sind, denen wir uns in dieser Welt gegenübersehen. Der Bundeskanzler hat hierzu – das danke ich ihm – Einiges gesagt. Er hat gesagt, er unterstütze die Ansicht, dass die Bedrohungen der heutigen Zeit zum einen vom Besitz von **Massenvernichtungswaffen** und zum anderen von **nicht-staatlichem Terrorismus** ausgehen. Vielleicht sei eine der größten Bedrohungen, der wir in Zukunft gegenüberstehen, die Vermischung von beidem, nämlich der Proliferation von Massenvernichtungswaffen an terroristische Gruppen, die wiederum von staatlichen Strukturen unterstützt werden.

Wenn Sie sagen, wir brauchen deshalb eine gemeinsame europäische Außenpolitik und müssen bei diesem Thema zu internationalen Standards kommen, dann stimme ich Ihnen zu; das ist keine Frage. Aber der Sicherheitsbegriff ist, da er nicht teilbar ist, nicht nur ein politischer, ökologischer oder kultureller, sondern er wird auch ein militärischer bleiben. Vor dieser Erkenntnis können wir uns nicht drücken. Wir werden uns nicht damit herausreden, dass Blauhelme eingesetzt werden. Die Frage lautet vielmehr: Welche Strategie müssen wir ausarbeiten, um auf die modernen Bedrohungen zu reagieren, bei der politische Lösungsmöglichkeiten und Abschreckung in adäquater Weise verbunden werden?

Fünftens. Wenig ist gewonnen, wenn aus der **gemeinsamen Bedrohungsanalyse**, von der ich sagen muss, dass wir sie nicht ausreichend durchgeführt haben, keine

Schlüsse gezogen werden. Wenn wir alle davon überzeugt gewesen wären, dass keine Massenvernichtungswaffen, Pockenviren oder Milzbranderreger in der Hand von Hussein sind, dann, Herr Bundeskanzler, hätten wir nicht klammheimlich 80 Millionen Dosen an Impfstoff gekauft. Wir hätten dann gemeinsam und offensiv unserer Bevölkerung gesagt, welche Gefährdung in diesem Lande tatsächlich für uns besteht.

Gemeinsam eine Analyse durchzuführen ist schön und gut, aber es muss auch der gemeinsame, der wirkliche Wille bestehen, die notwendigen politischen und militärischen Mittel bereitzustellen.

Ich hätte heute von Ihnen gerne wenigstens ein lobendes Wort zur NATO-Response-Force gehört. Ich hätte auch gerne gehört, dass man eine gemeinsame Politik machen wolle. Deutsch-französische oder deutsch-belgische Initiativen sind okay, aber in diesen Tagen muss es, wie ich glaube, vor allen Dingen Initiativen geben, die Brücken über die Gräben bauen. Wir brauchen deutsch-polnische oder deutsch-britische Initiativen. Das ist es, worauf Europa wartet, wenn Deutschland wirklich eine ausgleichende Rolle spielen will.

Meine Damen und Herren, wir müssen aufpassen, dass wir in diesem Lande fähig sind, unseren Willen, Bedrohungen zu begegnen – so er denn besteht –, auch materiell durchzusetzen. Der Bundesaußenminister hat in einem bemerkenswerten Interview in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ gesagt, wir brauchten eine **stärkere militärische Kraft**. Der Bundeskanzler hat sich dem angeschlossen. Deswegen haben wir schon erwartungsvoll auf einen Nachtragshaushalt gewartet. Anschließend hat der Bundeskanzler dem staunenden Publikum mitgeteilt, für die nächsten drei Jahre gelte das nicht.

Ich frage Sie: Wer glaubt uns denn ernsthaft, dass den Bekenntnissen aus unseren Mündern wirklich Taten folgen? Darauf wartet doch Europa, auf Taten und nicht nur auf Worte.

Sechstens. Wir brauchen eine **Stärkung der UNO** und eine Legitimation ihrer Mechanismen, damit sie sich auf die neuen Bedrohungen einrichten kann. Die UNO soll – ich bin sofort dabei; daran will ich Sie erinnern – das Gewaltmonopol haben.

Wir dürfen aber doch nicht die Augen davor verschließen, dass nicht die gesamte Welt demokratisch ist und es nicht gesichert ist, dass jeder unsere Grundeinstellungen teilt.

Ich erinnere an die Tatsache, dass auch sie – angesichts drohender Vetos von Russland und China – den **Einsatz im Kosovo** auf der Basis der NATO für richtig befunden haben. Dabei handelte es sich natürlich auch um ein Versagen der UNO. Uns allen wäre es lieber gewesen, wenn die UNO das getan hätte. Wir haben es aber trotzdem für richtig befunden.

Verschließen wir die Augen doch nicht vor der Realität. Deshalb wird es auch in der Zukunft ein Unterschied sein, ob Bedrohungen von der UNO festgestellt wurden, ob es um die Durchsetzung von Resolutionen geht oder ob es überhaupt noch keine gemeinschaftliche internationale Bedrohungsanalyse gibt. Angesichts dessen, was uns nach dem 11. September des Jahres 2001 begegnet ist, rate ich uns allen – niemand hier im Hause hat heute schon die fertigen Antworten –, darüber nachzudenken, wie die internationalen Institutionen auch auf diese Herausforderungen vorbereitet werden können.

Meine Damen und Herren, im Grundsatz teile ich all das, was Sie über die Zukunft des Iraks gesagt haben. Ich glaube, wir soll-

ten alle Anstrengungen unternehmen, um dies unter dem Dach der UNO zu erreichen. Es ist selbstverständlich, dass dem irakischen Volk, also den Menschen dieses Landes, mehr als das heute der Fall ist nicht nur seine Territorien, sondern auch seine Bodenschätze und all das, was ihm gehört, zur Verfügung gestellt werden. In den nächsten Wochen werden wir uns mit dieser Frage beschäftigen. Ich sage Ihnen aber auch voraus: Vor allen Dingen werden wir uns viel grundsätzlicher und weitergehender mit außen- und sicherheitspolitischen Fragen beschäftigen müssen.

Nach dem heutigen Tag sehe ich durchaus Gemeinsamkeiten. Herr Bundeskanz-

ler, wenn die Worte, die Sie hier bezüglich der Europäischen Union, der NATO und der Zukunft der UNO gesagt haben, wirklich Gewicht bekommen sollen, dann wird ein großer politischer Führungswille notwendig sein.

Dieser **politische Führungswille** wird auch einschließen, dass wir bereit sein müssen, die Umfragewerte nicht immer und sofort auf unserer Seite haben zu wollen. Stattdessen müssen wir politisch verantwortlich entscheiden, weil wir uns auch um den Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit von morgen und übermorgen kümmern wollen. Das ist das Anliegen der Union. Dafür stehen und arbeiten wir. Herzlichen Dank.